

Gastbeitrag zur neuen Strategie Russlands

Putin nimmt den Westen ins Visier

Wladimir Putins Reaktion auf die jüngsten Gespräche zwischen den USA und Kiew kam postwendend. Und sie war deutlicher als je zuvor. Die amerikanischen Gesandten Steve Witkoff und Jared Kushner hatten kaum den Zug Richtung Westen bestiegen, da griff die russische Armee die Ukraine wieder mit ballistischen Raketen und jetgetriebenen Drohnen an.

Zivile Opfer wurden billigend in Kauf genommen. Eine Einsicht, dass der Krieg nicht gewonnen werden kann, oder gar echte Friedensabsichten sehen anders aus.

Noch entlarvender war der Kommentar von Putins Aussenministers Sergej Lawrow. Noch am Sonntag, während Trumps Adlaten auf dem Weg in die Ukraine waren, sprach dieser davon, dass Deutschland unverhohlen Russland den Krieg erklärt hätte. Die von Berlin ange-

drohten Massnahmen, eine Reaktion auf die russische Sprengstoffdrohne am Leipziger Flughafen, seien der «Beginn eines echten Krieges».

Wer dahinter allerdings eine verbale Entgleisung vermutet, verkennt die Konsistenz dieser russischen Politik. Weder war Lawrow der erste noch der schärfste Kritiker des «kollektiven Westens».

Sowohl der frühere Präsident Dmitri Medwedew als auch der mediale Scharfmacher und Talk-Host Wladimir Solowjow, der sich auch schon auf die Schweiz einschoss, fordern immer wieder den Einsatz von Nuklearwaffen auf westliche Hauptstädte. Daran ändern auch Putins neuerliche Beteuerungen gegenüber Trump, keine aggressiven Pläne gegenüber dem Westen zu hegen, nichts.

Was Russland von der EU und deren Exponenten hält, ist

längst auch verschriftlicht und auf der Webseite des Kremls nachzulesen. So ist in der Nationalen Sicherheitsstrategie vom Sommer 2021 die Rede vom Westen als Bedrohung der russischen Sicherheit und Integrität, den es zu bekämpfen gälte. So sei Moskau vom Wertezerfall ebenso bedroht wie überhaupt von der gesellschaftlichen Dekadenz. Wenig überraschend sprach auch Kreml-Herrscher Putin vom Ukraine-Krieg als einem Kampf der Zivilisationen.

Dass es nicht bei leeren Worten bleibt, dürfte mittlerweile offensichtlich sein. Russland setzt alles daran, den Westen zu spalten, und findet dabei dankbare und nützliche Handlanger, wie nicht nur der Wahlsieg der AfD in Sachsen-Anhalt zeigt.

Die Aktionen Moskaus haben inzwischen jedoch eine deutlich aggressivere Form angenommen, wie gerade der Droh-

nenfund in Leipzig und zahlreiche weitere hybride Provokationen verdeutlichen. Inzwischen schreckt der Kreml nicht mehr vor menschlichen Opfern im Westen zurück, um seine Ziele zu erreichen.

Lawrows Äusserung, wonach Deutschland einen echten Krieg begonnen hätte, folgen der hinreichend bekannten Täter-Opfer-Umkehr. Sie bereiten damit in Russland den Boden, um in absehbarer Zeit weiter an der Eskalationsspirale zu drehen. Und sie knüpft an die unzähligen TV-Serien, Bücher und Musikstücke an, die den Westen als Verkörperung des Bösen und Antichristen dargestellt haben.

Bis heute wird auch der von Putin begonnene Krieg gegen die Ukraine immer wieder damit rechtfertigt, dass man sich bedroht sehe und deshalb «zurückschlagen» müsse. Nichts anderes wird nun mit ganz Westeuropa versucht.

Selbstverständlich werden dabei keine russischen Truppen in Berlin einmarschieren, auch wenn dies in Russland immer wieder sehr prominent gefordert wird. Aber die Gesellschaften im Westen lahmzulegen oder gar gegen sich selbst aufzubringen, ist ein aus Putins Sicht durchaus realistisches Ziel.

Dieses geht davon aus, dass «der Westen» letztlich ein Wilensprojekt ist, vereint durch eine gemeinsame Idee, die über die latenten Differenzen hinwegträgt. Wie fragil dieses Projekt ist, wurde in Moskau bestens erkannt.

Für den Herbst lässt dies Schlimmstes befürchten. Die massive Zunahme von Provokationen in den letzten Wochen – Drohnen in mehreren Nachbarländern, nicht identifizierte russische Kampfflugzeuge im internationalen Luftraum, Cyber-Angriffe, aber auch Mordpläne gegen west-

liche Rüstungsmanager – zeigt, dass Russland nicht nur gewillt, sondern vor allem auch bestens vorbereitet ist.

Die westliche Politik hat dem erschreckend wenig entgegenzusetzen. Weiterhin herrscht die Grundannahme, dass Russland den Westen militärisch angreifen wolle, dafür aber glücklicherweise keine Kapazität hätte. Und noch immer verkennen Berlin oder Paris, welche Rolle den hybriden Formen eines Angriffs zukommt. Den «echten Krieg», den Lawrow an die Wand malt, hat Moskau längst begonnen.



Marcel Hirsiger ist Osteuropa-Experte an der Fachhochschule Nordwestschweiz sowie Senior Fellow am Swiss Institute for Global Affairs.

Emotionaler Abschied von König Harald

Norwegen hat seinem «Grossvater» die letzte Ehre erwiesen. Staatschefs und Viola Amherd kamen – nur einer fehlte.

Niels Anner, Kopenhagen

Der Sarg war im Osloer Dom aufgebahrt. Tausend ausgesuchte Gäste auf den Bänken und draussen ein ganzes Land wurden still. In einer Schweigeminute gedachten sie dem vor zwölf Tagen im Alter von 89 Jahren verstorbenen König Harald V. Danach drückte der Präsident des norwegischen Parlaments, Masud Gharakhani, seine Dankbarkeit aus über einen Mann, den Norwegen als «Grossvater» und «Volkskönig» liebte: «Harald sah die Menschen – nicht nur jene in wichtigen Positionen, sondern alle; gerade auch die, die es am aller-nötigsten hatten.»

Am Mittwoch säumten zehntausende Menschen die Route, als der König sein Schloss zum letzten Mal verliess und sein Sarg zuerst zum Dom und später zur Grabstätte gefahren wurde. In der minutiös geplanten Prozession folgten ihm zuerst die Königsfamilie mit seinem Nachfolger Haakon VIII. Dahinter die royalen Gäste, aus Europa, Jordanien und Japan, angeführt vom 80-jährigen schwedischen König Carl XVI. Gustaf, alle zu Fuss.

Das Sicherheitsaufgebot sprengt Rekorde

Auch die Staatschefs ausgewählter Länder, etwa der nordischen, sowie der deutsche Bundespräsident Steinmeier und der ukrainische Präsident Selenski waren dabei, während Vertreter der restlichen Welt, darunter aus der Schweiz Alt-Bundesrätin Viola Amherd, im Dom dazustiesen. Ebenfalls dort war Marius Høyby, der in erster Instanz wegen Vergewaltigung verurteilte Stiefsohn



Der Sarg von König Harald V. wird ins royale Mausoleum in Oslo gebracht.

Bild: Terje Pedersen/AP

Haakons. Der 29-Jährige, der eine elektronische Fussfessel trägt, war aber nicht prominent platziert. Einer fehlte – zur Erleichterung vieler in Norwegen, weil er zu sehr im Fokus gestanden wäre: US-Präsident Donald Trump weilt am Parteitag der Republikaner in Texas.

Auch ohne ihn erlebte Oslo aber ein Sicherheitsaufgebot

wie nie zuvor. 6500 Soldaten und Polizeikräfte waren in der Stadt. Oslo war herausgeputzt und abgeriegelt, Blumenkästen dienten der Terrorabwehr und in der Innenstadt gab es strenge Kontrollen, keine Autos, keine Velos, keine Busse. Schirme waren verboten und natürlich auch die zur Nationaltracht gehörenden Dolche.

Nach dem Trauergottesdienst zog die Prozession mit dem Sarg zum königlichen Mausoleum in der 700 Jahre alten Festung Akershus; ein Ort direkt am Oslofjord – passend für den passionierten Segler, der Weltmeister und dreimaliger Olympiateilnehmer war.

Der König findet dort seine letzte Ruhe in einem Sarkophag.

2024 bedankte er sich in einer Rede für die millionenschwere Anschaffung des Staates. «Ich hoffe, er wird gut gepolstert», sagte Harald, worauf die steife Abendgesellschaft in Gelächter ausbrach. Denn er werde ja «eine Weile darin liegen». Es war typisch für den Monarchen, der seinem Land als volksnah in Erinnerung bleibt.

Absagen für AfD, BSW will beraten

Deutschland Was vor der Wahl galt, gilt auch nach der Wahl: CDU, SPD, Grüne und Linke lehnen eine Zusammenarbeit mit der AfD in Sachsen-Anhalt weiterhin ab. Vertreter der vier Parteien haben Gesprächsangebote über eine Regierungsbildung ausgeschlagen. Wenn es keine Überläufer von anderen Fraktionen gibt, kann die AfD wohl nur noch auf das links-populistische BSW (Bündnis Sahara Wagenknecht) als Partner hoffen. Das BSW will über das Gesprächsangebot beraten.

«Es ist absurd anzunehmen, dass wir mit der rechtsextremen AfD Gespräche über die Zukunft unseres Landes führen werden», sagte Grünen-Spitzenkandidatin Susan Sziborra-Seidlitz. Auch die SPD lehnte ab. Zwischen SPD und AfD bestünden «grundlegende politische und normative Gegensätze», erklärten die Landesvorsitzenden Juliane Kleemann und Andreas Schmidt. Die Linke sagte ebenfalls ab. CDU-Spitzenkandidat Sven Schulze hatte eine Zusammenarbeit zuvor mehrfach ausgeschlossen.

Die AfD gewann 39 der 83 Mandate und verpasste die absolute Mehrheit um drei Stimmen. AfD-Spitzenkandidat Ulrich Siegmund will bei den anderen Fraktionen und einzelnen Abgeordneten eine Mehrheit suchen.

Damit bleibt aktuell vor allem das BSW. Spitzenkandidat Thomas Schulze sagte, der Landesvorstand werde über diese Einladung beraten. Man sei grundsätzlich bereit, mit allen Parteien zu sprechen. «Dass andere Parteien bereits das Gespräch an sich ablehnen, halten wir für einen schlechten politischen Umgang und für kein gutes Zeichen für die demokratische Kultur in unserem Land.» (chm/dpa)